

## Aktuelles aus dem Landtag Steiermark

### Inhalt:

Landtag Steiermark definiert Eckpunkte bei der Integration von Flüchtlingen	S 2
Debatte Stadt Hartberg: Sachliche Debatte ja, politisch motivierte Skandalisierung ist abzulehnen!	S 4
Land Steiermark legt erstmals Vermögensbilanz vor: Nettovermögen beträgt 1,88 Milliarden Euro	S 6
FPÖ-Wirtschaftskompetenz: Neue Arbeitsplätze mit 167.000 Euro pro Jahr fördern und dafür jährlich 100 Millionen Euro zusätzliche Schulden machen!	S 7
Konkrete Maßnahmen statt FPÖ-Panikmache zur Bekämpfung der Suchtmittelproblematik!	S 8
Die Grünen wollten mit einem nicht existierenden „Oberösterreichischen Modell“ einen Landtagsbeschluss für mobile Schlachthanlagen durchsetzen	S 9
Umfassende Kampagne zum Thema Impfen ist der FPÖ nicht genug. Man fordert eine zweite Kampagne. Populismus ist wichtiger als Gesundheit!	S 10
Zielsteuerung Gesundheit: Bund und Land Steiermark sichern Finanzierung des Gesundheitssystems langfristig ab!	S 12
Finanzierung der 24-Stunden-Betreuung durch Bund und Land Steiermark verlängert!	S 13
Landtag Steiermark spricht sich einstimmig für wissenschaftliche Untersuchungen über gesundheitliche Folgen von Palmöl aus	S 14

## **Landtag Steiermark definiert Eckpunkte bei der Integration von Flüchtlingen**

**Einen Integrationsschwerpunkt setzte der Landtag Steiermark im Zuge seiner letzten Sitzung. Insgesamt 14 Tagesordnungspunkte, die zuvor im zuständigen Unterausschuss und im Sozialausschuss des Landtages ausführlich diskutiert wurden, beschäftigten sich mit der Frage, wie die große Herausforderung der Integration von Flüchtlingen in der Steiermark und in Österreich gemeistert werden kann.**

### **Arbeitsprogramm Integration als Grundlage**

Gemeinsam beschlossen werden konnte etwa das neue Arbeitsprogramm Integration, das auf Initiative des Landtages von allen Ressorts der Landesregierung erarbeitet worden war und alle Maßnahmen, die das Land Steiermark zur Unterstützung einer geregelten Integration setzt und setzen wird, auflistet. Dieses bildet damit ab sofort die Basis für die Integration in der Steiermark.

### **Vorhaben des Bundes bei Verschleierungsverbot, Rückführungsberatung und Mitwirkungspflicht werden unterstützt**

In zahlreichen Anträgen, wie etwa beim Thema Verschleierungsverbot, der Forderung nach einer verpflichtenden Rückführungsberatung für Asylwerber oder einer Mitwirkungspflicht von Asylwerbern in ihren Quartieren verwies der Landtag Steiermark auf das neue Arbeitsprogramm der Bundesregierung, das sowohl ein verpflichtendes Integrationsjahr als auch ein Integrationsgesetz mit einem Verschleierungsgesetz vorsieht.

### **Verweigerung der medizinischen Altersfeststellung nicht mehr ohne Konsequenzen**

Beschlossen wurde jedoch, dass Unbegleitete Minderjährige Flüchtlinge (UMF) ohne Papiere eine medizinische Altersfeststellung nicht mehr ohne Konsequenzen verweigern dürfen. Derzeit können Antragsteller die Untersuchung verweigern, ohne als volljährig eingestuft zu werden. In Zukunft werden Asylwerber, die angeben minderjährig zu sein und eine medizinische Altersfeststellung verweigern, automatisch als volljährig angesehen. Dadurch soll einem Missbrauch unseres Sozialsystems vorgebeugt werden.

### **Populistische FPÖ-Anträge wurden abgelehnt**

Die von der FPÖ geforderte Abschaffung der steirischen „Charta des Zusammenlebens“ wurde hingegen von einer großen Mehrheit abgelehnt. Ebenfalls abgelehnt wurde die FPÖ-Forderung nach einer „Grundsatzklärung gegen die Islamisierung Europas“. Der Antrag wurde von den Vertretern der Zukunftspartnerschaft vor allem auch wegen seiner hetzerischen Sprache kritisiert. So forderte die FPÖ in dem Antrag eine „zweite Reconquista“ und wollte den Landtag Steiermark damit zu einer „Rückeroberung Europas vom Islam“ auffordern.

Ebenfalls keine Mehrheit fand der FPÖ-Antrag, die Neuerrichtung von Asylheimen in der Nähe von Frauenhäusern zu verbieten. Das allerdings deshalb, weil er inhaltlich völlig gegenstandslos ist. So gibt es in der Steiermark nur zwei Frauenhäuser, in deren Nähe sich aber kein

## **Aktuelles aus dem Landtag Steiermark**

Asylquartier befindet. Und überhaupt ist die Errichtung neuer Asylquartiere mangels Bedarf in der Steiermark nicht geplant, vielmehr werden bestehende Asylquartiere geschlossen.

Ebenso gegenstandlos war der FPÖ-Antrag nach einer „Einbehaltung von Vermögenswerten über 1.000 Euro bei Asylwerbern“. Die FPÖ begründete den Antrag damit, dass Flüchtlinge, die über Vermögenswerte verfügen keinen Anspruch darauf hätten, diese zu behalten und gleichzeitig Leistungen der Öffentlichen Hand zu beanspruchen. Das ist aber in Österreich ohnehin ausgeschlossen. Denn Personen, bei denen bei der Einreise entsprechend große Vermögenswerte festgestellt werden, wird die Grundversorgung generell verwehrt. In Dänemark, das die FPÖ als Best-Practice-Beispiel für eine solche Regelung anführt, sind in einem halben Jahr lediglich 16.000 Euro konfisziert worden. Und das bei einem Verwaltungsaufwand, der jeden Nutzen für die Öffentliche Hand weit übersteigt.

So ist es gelungen im Zuge der Debatte konstruktive Anträge und Vorschläge zu beschließen und damit von jenen zu trennen, die offenbar nur der Panikmache und Hetze gegen Flüchtlinge dienen sollen.

## **Aktuelles aus dem Landtag Steiermark**

### **Debatte Stadt Hartberg:**

#### **Sachliche Debatte ja, politisch motivierte Skandalisierung ist abzulehnen!**

**Im Zuge der Landtagsdebatte zur „Causa Hartberg“ mahnten die Abgeordneten der ÖVP einmal mehr eine sachliche Debatte ein. Es gelte, den Prüfbericht der Gemeindeaufsicht anhand konkreter Fakten zu diskutieren und umzusetzen. Die haltlosen Anschuldigungen von FPÖ und Grünen seien unrichtig und nicht angebracht.**

So bestätigte ÖVP-Gemeindesprecher Erwin Dirnberger, dass es im vorläufigen Prüfbericht der Gemeindeaufsicht eine Reihe von Empfehlungen gebe, um die Finanzgebarung der Gemeinde zu verbessern und Fehler der Vergangenheit zu vermeiden. „Diese sind entweder bereits in Umsetzung oder werden von der neuen Gemeindeführung in Zukunft umgesetzt. Generell gilt: Aufklären, was aufzuklären ist! Und die Empfehlungen des Prüfberichtes sachlich abarbeiten“, so Dirnberger, der ebenfalls betonte, dass die Aufsicht im Fall Hartberg funktioniert habe und zu einer Skandalisierung der Gemeinde oder der Gemeindeaufsicht aus politischen Motiven kein Anlass bestehe. „Dass die Gemeindeaufsicht auf die Entwicklung der Rücklagen aus dem Sparkassenverkauf hingewiesen und Konsolidierungsschritte eingefordert hat war richtig. Die Empfehlungen des Prüfberichts zur Finanzgebarung sind umzusetzen. Etwaige Verfehlungen einzelner Verantwortungsträger sind selbstverständlich aufzuklären. Die Gemeindeaufsicht hat ihre Arbeit erledigt“, stellt Dirnberger fest. Ebenso stellte der ÖVP-Gemeindesprecher erneut fest, dass eine von der FPÖ geforderte Prüfung der Stadt Hartberg durch den Rechnungshof verfassungsrechtlich nicht möglich und aufgrund der umfassenden Prüfung durch die Gemeindeaufsicht auch nicht nötig sei.

#### **Hartberg ist keine „Pleitegemeinde“: Verschuldungsgrad ist niedrig und seit Jahren rückläufig.**

Der Behauptung der FPÖ, Hartberg sei eine „Pleitegemeinde“, widersprach ÖVP-Abgeordneter Hubert Lang. „Die Gemeinde Hartberg mit anderen so genannten ‚Pleitegemeinden‘ wie Hart bei Graz, Fohnsdorf, Trieben, Pölfing-Brunn etc. gleichzusetzen ist unrichtig und unsachlich“, so Lang. „Hartberg hat kein Schuldenproblem! Vielmehr ist die Verschuldung der Gemeinde in den letzten Jahren sogar zurückgegangen, von 10,6 Prozent im Jahr 2011 auf 3,3 Prozent im Jahr 2015. Der aktuelle Verschuldungsgrad von 3,3 Prozent ist kein Anlass, um von einer Pleitegemeinde zu sprechen! Dem fehlt jede Grundlage!“

#### **Rücklagen für Investitionsprojekte aufgebraucht: Beschlüsse im Gemeinderat zu 95 Prozent einstimmig! FPÖ und Grüne waren fast überall dabei!**

Sachlich richtig ist, dass Hartberg in den letzten Jahren die aus dem Sparkassenverkauf im Jahr 2005 gebildeten Rücklagen zur Finanzierung von Projekten aufgebraucht hat. Dazu zählen Investitionsprojekte in Kinderbetreuungseinrichtungen, Volksschulen, Straßen, Wirtschaft, Tourismus und Kultur. „Anders als das von Herrn Schönleitner fälschlicherweise behauptet wird, wurde in Hartberg nachhaltig investiert und kein Geld ‚versenkt‘. Und die Grünen und Blauen waren keine Aufdecker angeblicher Misstände, sondern haben bei 95 Prozent der

## **Aktuelles aus dem Landtag Steiermark**

Gemeinderatsbeschlüsse für diese Projekte fleißig mitgestimmt“, stellte der ÖVP-Abgeordnete und Hartberger Gemeinderat Lukas Schnitzer klar.

„Dass nun speziell die Grünen hier Kindesweglegung betreiben und Herr Schönleitner von den Beschlüssen der eigenen Fraktion im Hartberger Gemeinderat nichts mehr wissen will, ist eine durchsichtige Doppelstrategie: Erst mitstimmen, dann aufdecken wollen!“, so Schnitzer. „Offenbar geht es der Opposition im Landtag nicht um das Wohl der Stadt Hartberg sondern wieder einmal ausschließlich um die Gelegenheit, aus dem vorliegenden Prüfverfahren um jeden Preis politisches Kapital zu schlagen!“

## **Aktuelles aus dem Landtag Steiermark**

### **Land Steiermark legt erstmals Vermögensbilanz vor: Nettovermögen beträgt 1,88 Milliarden Euro**

Dem Vermögen in Höhe von 6,9 Milliarden Euro stehen Verbindlichkeiten von 5,0 Milliarden Euro gegenüber. Dadurch ergibt sich ein Nettovermögen in der Höhe von 1,9 Milliarden Euro. Die Bewertung erfolgt nach Maßgabe der VRV (Voranschlags- und Rechnungsabschlussverordnung) und orientiert sich an der Eröffnungsbilanzverordnung des Bundes.

Die Steiermark kommt damit als erstes österreichisches Bundesland der Bestimmung der VRV 2015 (Voranschlags- und Rechnungsabschlussverordnung) nach und legt eine Eröffnungsbilanz für das landeseigene Vermögen vor.

Mit diesem wichtigen Beitrag zur finanziellen Transparenz unterstreicht das Land Steiermark seine österreichweite Vorreiterrolle bei der Umsetzung von Reformen.

In der Bilanz ersichtlich sind Vermögen und Fremdmittel, wodurch das Nettovermögen des Landes Steiermark in Höhe von € 1,88 Mrd. Euro errechnet werden kann. Das Ergebnis der Eröffnungsbilanz unterstreicht damit deutlich, dass den bestehenden Fremdmitteln (Schulden) weitaus größere nachhaltige Vermögenswerte (Sachwerte, Rücklagen etc.) gegenüberstehen.

Finanziell gesprochen kann festgehalten werden: Trotz Verschuldung steht die Steiermark gut da!

Die Vermögensbilanz kann unter folgendem Link abgerufen werden:

[http://www.kommunikation.steiermark.at/cms/dokumente/12561888\\_29767960/6a3709f4/Er%C3%B6ffnungsbilanz%20Land%20Steiermark%201.1.2016.pdf](http://www.kommunikation.steiermark.at/cms/dokumente/12561888_29767960/6a3709f4/Er%C3%B6ffnungsbilanz%20Land%20Steiermark%201.1.2016.pdf)

## **FPÖ-Wirtschaftskompetenz: Neue Arbeitsplätze mit 167.000 Euro pro Jahr fördern und dafür jährlich 100 Millionen Euro zusätzliche Schulden machen!**

**Mit breiter Mehrheit im Landtag abgelehnt wurde die FPÖ-Forderung nach einer Schaffung eines zusätzlichen Wirtschaftsfonds. Dieser sollte mit 100 Millionen Euro pro Jahr dotiert werden und dafür 600 Arbeitsplätze schaffen: Macht 167.000 Euro pro Arbeitsplatz. Das 15fache des üblichen Werts!**

Das jährliche Gesamtbudget für den Bereich Wirtschaft beträgt (ohne Bundesmittel) 42,4 Millionen Euro. Daraus werden zahlreiche Initiativen finanziert, die zur Verfügung stehenden Mittel werden höchst effizient eingesetzt.

In ihrem Antrag forderte die FPÖ nun die Einrichtung eines zusätzlichen Wirtschaftsfonds um 100 Millionen Euro pro Jahr. Angesichts der aktuell zur Verfügung stehenden Mittel wäre das unmöglich, da der neue Fonds das bestehende Wirtschaftsbudget 2,3 Mal verbrauchen würde.

Die 100 Millionen Euro für die FPÖ-Idee müssten also ausschließlich über neue Schulden aufgebracht werden, was den Landeshaushalt jährlich mit 100 Millionen zusätzlich belasten würde. Vom vielbehaupteten Sparwillen der FPÖ kann angesichts dieser Tatsachen keine Rede sein. Noch im Zuge des letzten Budgetlandtags forderte FPÖ-Finanzsprecher Gerald Deutschmann: „Es ist höchste Zeit, ausgabenseitig zu sparen und mit den zur Verfügung stehenden Mitteln anständig hauszuhalten.“

Was die FPÖ unter „anständig haushalten“ versteht, zeigt sich in der Begründung ihres Antrages: Der neue Fonds soll demnach 600 zusätzliche Arbeitsplätze pro Jahr bringen. Ein Arbeitsplatz würde also mit rund 167.000 Euro gefördert!

Zum Vergleich: Die MAGNA-Joboffensive, die in Kooperation von Land Steiermark und dem Arbeitsmarktservice durchgeführt wird, kostet insgesamt 15,58 Mio. Euro und schafft 1.400 neue Jobs für Arbeitssuchende. Konkret wird also die Schaffung eines Arbeitsplatzes mit 11.128,6 Euro finanziert.

Die FPÖ-Idee zur Schaffung neuer Arbeitsplätze würde damit das 15-fache dessen kosten, was Land und AMS derzeit ausgeben! So stellt sich die FPÖ offenbar den Begriff „anständig haushalten“ vor!

Der Antrag wurde mit den Stimmen von ÖVP, SPÖ und Grünen abgelehnt.

## Aktuelles aus dem Landtag Steiermark

### **Konkrete Maßnahmen statt FPÖ-Panikmache zur Bekämpfung der Suchtmittelproblematik!**

**Die FPÖ forderte in einem Antrag, der „ausufernden Suchtmittelproblematik“ durch ein Maßnahmenpaket entgegenzutreten. Wieder einmal agiert man dabei mit Panikmache statt mit sachlichen Argumenten! Bestehende konkrete Maßnahmen erweisen sich nämlich als effektiver als die zahlreichen Forderungen der FPÖ nach mehr Berichten und Medienkampagnen.**

Wie die Rücksprache mit den zuständigen Experten zeigt, sind die geforderten Maßnahmen entweder bereits durch bestehende Initiativen abgedeckt (*„Anti-Drogen-Gipfel“*, *personelle und finanzielle Aufstockung der steirischen Polizei*) oder werden von Experten zum Zweck der Bekämpfung der Drogenproblematik als wenig zielführend erachtet (*Neuaufgabe der Publikation „Die neue steirische Suchtpolitik“*, *Durchführung von Aufklärungskampagnen*, *Evaluierungsbericht LKH Südwest*). Stattdessen plädiert man für die in Umsetzung befindlichen konkreten Maßnahmen, die sich auch als effizient erweisen (statt wie von der FPÖ gefordert mehr Berichte und Kampagnen):

Eine aktuelle Studie zeigt nämlich, dass der problematische Alkohol-, Drogen- und Zigarettenkonsum in Österreich rückläufig ist. Es gibt weniger jugendliche Einsteiger bei den Opiaten. Der Cannabisgebrauch ist stabil und bleibt auf eine kurze Lebensphase beschränkt.

Auch wenn man beim Kampf gegen die Suchtproblematik noch lange nicht am Ziel ist, besteht zur Panikmache der FPÖ kein Anlass. Vor allem leisten Panikmache und Populismus keinen Beitrag zur Bekämpfung von Suchterkrankungen!

Der FPÖ-Antrag wurde mit den Stimmen von ÖVP, SPÖ, Grünen und KPÖ abgelehnt!



## **Aktuelles aus dem Landtag Steiermark**

### **Die Grünen wollten mit einem nicht existierenden „Oberösterreichischen Modell“ einen Landtagsbeschluss für mobile Schlachtanlagen durchsetzen**

**Die Grünen fordern in einem Antrag, auch in der Steiermark - entsprechend einem angeblichen „oberösterreichischen Modell“ - mobile Schlachtanlagen zu genehmigen. Nach Rückfrage in Oberösterreich stellt sich jedoch heraus: Ein solches Modell gibt es gar nicht!**

Um den grünen Antrag inhaltlich zu prüfen wurde auf Beschluss des Landtags-Ausschusses eine Stellungnahme des zuständigen Ressorts der Landesregierung eingeholt.

Dabei wurden interessante Fakten zu Tage gefördert, die die Grünen in Erklärungsnot bringen: Laut Auskunft des OÖ Landesveterinärdirektors gibt es in Oberösterreich nämlich kein konkretes, schriftlich festgelegtes Modell betreffend die „Genehmigungsfähigkeit mobiler Schlachtanlagen“.

Auch gibt es diesbezüglich in Oberösterreich derzeit kein Pilotprojekt, lediglich eine Absichtserklärung ohne konkrete Planung. Eine Anfrage an das zuständige Ministerium liegt auch nicht vor.

Dem Antrag der Grünen fehlt also jede Grundlage, da dieser offenbar auf falschen Informationen beruht.

Zwar verschließt sich die ÖVP nicht grundsätzlich der Idee von mobilen Schlachtanlagen, möchte diese aber einer breiten und sachlich korrekten Diskussion zuführen.

Der Antrag der Grünen wurde mit den Stimmen von ÖVP und SPÖ abgelehnt.

## Aktuelles aus dem Landtag Steiermark

### **Umfassende Kampagne zum Thema Impfen ist der FPÖ nicht genug. Man fordert eine zweite Kampagne. Populismus ist wichtiger als Gesundheit!**

**Im einem Antrag an den Landtag Steiermark forderte die FPÖ die Durchführung einer Informations- und Aufklärungskampagne in der Steiermark zum Thema „Impfen“ und insbesondere über die Auswirkungen des Nicht-Impfens. Dass es eine solche bereits gibt, wird von der FPÖ ignoriert. Populismus ist für die FPÖ wichtiger als Fakten!**

Um die Forderung der FPÖ inhaltlich zu prüfen, wurde vom Gesundheitsausschuss des Landtages eine Stellungnahme des zuständigen Gesundheitsressorts eingeholt. Diese zeigt deutlich, dass bereits seit Jahren umfassende Maßnahmen zur Information über die Konsequenzen des Nicht-Impfens gesetzt werden.

Dazu zählen etwa 67.668 Eltern-Kind-Information-Mails, 28.452 Scheckhefte „Gesundheit für Eltern und Kind“ & Impfbonbögen für die Abwicklung der Gratisimpfaktion, 10.000 Impfbroschüren in 4 Sprachen, 4 Elternmagazine „Gesund. Und Wie!“ in einer Auflage von 180.000 Stück sowie Schulbücher, Inserate, Plakate, Broschüren etc.

#### Die Maßnahmen im Detail:

- 67.668 Eltern-Kind-Information-Mails mit Impfmemos an 43.558 Mütter/Erziehungsberechtigte verschickt (2015)
- 28.452 Scheckhefte „Gesundheit für Eltern und Kind“ & Impfbonbögen für die Abwicklung der Gratisimpfaktion mit Informationen zu Prävention und den einzelnen Impfungen (verschickt an Gebärstationen der Krankenanstalten und Ordinationen zur Weitergabe an die Eltern der Impflinge & Impfdokumentation)
- 10.000 Impfbroschüren wurden an Eltern von Kindern und Jugendlichen verteilt und in 4 Sprachen übersetzt
- 4 Elternmagazine „Gesund. Und Wie!“ ergingen an die Eltern von 0-15-jährigen Kindern und Jugendlichen und Ordinationen mit Themen zu Infektion und Impfung und Gesundheitsprävention, Auflage 2015: 180.000 Stück
- 1.501 Schulbücher für den Unterricht in der Primär- und Sekundarstufe zum Thema „Impfung und Infektion“ wurden 2015 an Schulen verschickt
- 2 Ärztenewsletter „Faktum“ mit den neuesten Informationen zu Themen des Impfens und der Gratisimpfaktion gingen an die steirischen ÄrztInnen, Auflage 2015: 14.700 Stück
- Neuentwicklung 2016: „Impfkolloquium“ über die „In Österreich relevanten impfpräventablen Erkrankungen“ für ÄrztInnen, PädagogInnen; Auflage: 3.000 Stück.
- Inserate in Printmedien zur MMR-Impfung ohne Altersbegrenzung zur Steigerung der Durchimpfungsraten auch im Erwachsenenalter
- Versand von Plakaten und Informationen an Ordinationen, Schulen (PädagogInnen, SchulärztInnen), AmtsärztInnen zum Aushang oder zur Weitergabe.

## **Aktuelles aus dem Landtag Steiermark**

Eine weitere Informations- und Aufklärungskampagne zum Thema „Impfen“ und insbesondere über die Auswirkungen des Nicht-Impfens würde nur zu zusätzlichen Kosten führen, denen kein adäquater Nutzen gegenübersteht, da sämtliche geforderten Kommunikationsmaßnahmen bereits im Rahmen bestehender Aktivitäten umgesetzt werden.

Aus diesem Grund beschlossen ÖVP, SPÖ, Grüne und KPÖ die Stellungnahme des Ressorts zur Kenntnis zu nehmen und die Idee einer zusätzlichen Informationskampagne nicht weiter zu verfolgen.

## **Zielsteuerung Gesundheit: Bund, Länder und SV sichern Finanzierung des Gesundheitssystems langfristig ab!**

**Im Rahmen einer Art. 15a-Vereinbarung zwischen Bund, Ländern und Sozialversicherung, die nun im Landtag genehmigt wurde, wird die Finanzierung des Gesundheitssystems langfristig abgesichert. Die Vereinbarung ist auch eine wichtige Basis zur Umsetzung des Steirischen Gesundheitsplans 2035 und ermöglicht wichtige Verbesserungen in der Versorgung.**

Einerseits legt die Vereinbarung fest, in welcher Höhe die Kosten der Gesundheitsversorgung jährlich ansteigen dürfen. Vor allem bekennen sich alle Beteiligten zur gemeinsamen Finanzierung und zur Bereitstellung der qualitativ bestmöglichen Gesundheitsdienstleistungen. Diese werden im Rahmen von Gesundheitszielen festgelegt.

Durch die Art. 15a-Vereinbarung werden auch Primärversorgungseinrichtungen in Form von Gesundheitszentren (Gruppenpraxen oder selbstständige Ambulatorien) und Gesundheitsnetzwerken (Kooperation von selbstständigen Ärzten und anderen Gesundheitsberufen) ermöglicht. Diese können nun im Rahmen des Regionalen Strukturplans Gesundheit (RSG) auf Landesebene verankert werden. Die Steiermark wird sich beider Formen bedienen, um eine bestmögliche umfassende und flächendeckende Primärversorgung zu gewährleisten. Dadurch sollen vermehrt Leistungen in den tagesklinischen und ambulanten Bereich verlagert und der stationäre Bereich (durch den Abbau von Parallelstrukturen) entlastet werden.

ÖVP-Gesundheitssprecherin LAbg. Barbara Riener zeigt sich mit der Vereinbarung zufrieden, da somit eine wichtige Basis für den Gesundheitsplan Steiermark 2035 gelegt ist. Für die Zukunft gelte es vor allem, die Verschränkungen des Gesundheitsbereichs mit dem Sozialbereich mehr in den Blick zu rücken. Dabei muss genau analysiert werden, wie sich einzelne Maßnahmen auf alle Versorgungsbereiche auswirken.

Auch der weitere Ausbau des Palliativ- und Hospizbereiches – vor allem für Kinder und Jugendliche – bleibt ein wichtiges Ziel für die kommenden Jahre.

Die Art. 15a-Vereinbarung wurde mit den Stimmen von ÖVP, SPÖ und Grünen genehmigt.

## **Aktuelles aus dem Landtag Steiermark**

### **Finanzierung der 24-Stunden-Betreuung durch Bund und Land Steiermark verlängert!**

**Durch eine Art. 15a-Vereinbarung wurde die Verlängerung der gemeinsamen Förderung der 24-Stunden-Betreuung und damit die Absicherung dieses im Pflegebereich so wichtigen Angebots für die kommenden Jahre abgesichert.**

Schon die Steigerung der Nachfrage in den letzten Jahren zeigt, dass die Schaffung dieser Betreuungsvariante ein wichtiger Schritt zur Unterstützung des Pflegesystems war. Vor allem ermöglicht die 24-Stunden-Betreuung, dass Pflegebedürftige möglichst lange zu Hause in ihrer gewohnten Umgebung bleiben können, ohne eine stationäre Pflegeeinrichtung in Anspruch nehmen zu müssen.

Das ist im Sinne der Betroffenen aber auch im Sinne des Pflegesystems und der vom Land Steiermark gewählten Strategie, wonach alternative Pflegeangebote bedarfsorientiert ausgebaut werden sollen.

Die Vereinbarung wurde vom Landtag Steiermark einstimmig genehmigt.

## **Aktuelles aus dem Landtag Steiermark**

### **Landtag Steiermark spricht sich einstimmig für wissenschaftliche Untersuchungen über gesundheitliche Folgen von Palmöl aus**

**Der Landtag fordert in einem Antrag die Landesregierung auf, an die Gesundheitsministerin heranzutreten und sich für eine Untersuchung von Palmöl hinsichtlich gesundheitsgefährdender Folgen einzusetzen.**

Der Antrag wurde von der ÖVP unterstützt, da im Sinne einer Gesundheitsprävention Untersuchungen über mögliche gesundheitsgefährdende Auswirkungen von Palmöl in jedem Fall sinnvoll sind. Vor allem vor dem Hintergrund, dass auch die Europäische Behörde für Lebensmittelsicherheit (EFSA) vor gesundheitsschädlichen Stoffen, die raffiniertes Palmöl enthalten können, warnt.

Darüber hinaus wäre eine Reduktion bei der Verwendung von Palmöl im Sinne der heimischen Milchwirtschaft zu begrüßen. Der vermehrte Einsatz von Palmöl als kostengünstigere Alternative zu Milchfett hat zu negativen Auswirkungen auf die Milchwirtschaft geführt. Eine Umkehr dieses Trends – etwa schon durch mehr Bewusstseinsmachung über die möglichen Folgen von Palmöl bei Produzenten und Konsumenten – wäre zu begrüßen.

Der Antrag wurde einstimmig beschlossen.